EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Sitzungsdokument

31. August 2007 B6-0313/07

MÜNDLICHE ANFRAGE MIT AUSSPRACHE O-0051/07
gemäß Artikel 108 der Geschäftsordnung
von Manfred Weber und Joseph Daul im Namen der PPE-DE-Fraktion, Martine Roure im Namen der PSE-Fraktion, Alexander Alvaro im Namen der ALDE-Fraktion, Cristiana Muscardini und Roberta Angelilli im Namen der UEN-Fraktion
an die Kommission

Betrifft: Bekämpfung des Terrorismus

Seit dem 11. September, dem 11. März und den Bombenanschlägen von London hat die EU eine EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung, einen EU-Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung, einen Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung und mehrere Initiativen angenommen bzw. ergriffen, um mit Unterstützung des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung die Abstimmung sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Organen zu verstärken.

Auf interinstitutioneller Ebene gab es keine formelle Einbeziehung des Europäischen Parlaments, aber der Rat eröffnete im Jahr 2006 den politischen Dialog auf hoher Ebene über Fragen der Terrorismusbekämpfung zwischen den wichtigsten EU-Organen, die am Kampf gegen den Terrorismus beteiligt sind, wobei die Bedeutung der demokratischen Verantwortung hervorgehoben wurde.

Auf der Verwaltungsebene haben bereits zwei Peer-Evaluierungen zwischen den Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Strategie der Europäischen Union stattgefunden, und Europol, Eurojust sowie das EU-Lagezentrum SITCEN haben kürzlich mit ihrer Einschätzung zur Entwicklung der Gefahr auf europäischer Ebene begonnen.

Nun scheint es, dass die EU ungeachtet aller eingangs genannten Initiativen seitdem eine Reihe von Terroranschlagsversuchen erlebt hat, was einige Fragen aufwirft:

1. Hat die Kommission die Absicht, unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente eine umfassende Auswertung aller bislang ergriffenen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sowie eine Einschätzung von deren Wirksamkeit und Grad der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten vorzunehmen? Wie sollen die Mitgliedstaaten beteiligt werden?

2. Wie gedenkt die Kommission die im letzten Terrorismusbericht von Europol-SITCEN aufgeworfenen Mängel abzustellen und eine Bestandsaufnahme der Antworten der Mitgliedstaaten auf den Eurojust-Fragebogen von 2006 zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung vorzunehmen?

3. Welche anderen Maßnahmen sind angenommen, aber nicht korrekt umgesetzt worden, von wem und aus welchen Gründen?

4. Wird sich die Kommission nunmehr auf die Umsetzung der laufenden Maßnahmen konzentrieren,

oder sind zurzeit noch aktuelle Vorschläge in Vorbereitung?

5. Wie beurteilt die Kommission in diesem Zusammenhang den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union? Würde die Kommission zustimmen, dass zwischen EU-Behörden und Strafverfolgungs- und Terrorismusbekämpfungsdiensten der Mitgliedstaaten mehr gegenseitiges Vertrauen herrschen muss? Welchen Rechtsrahmen sieht die Kommission dafür vor und welche Rolle ist dem SITCEN als Überwachungs- und Koordinierungsinstrument bei Terrorismusermittlungen zugedacht?

6. Ist die Kommission in Anbetracht des Rücktritts von Herrn de Vries im Februar 2007 der Meinung, dass die Rolle des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung beibehalten werden muss und mit welchem Mandat?

7. Wie will die Kommission die Akzeptanz für die Strategie zur Terrorismusbekämpfung bei den EU-Bürgern, die Transparenz und die demokratische Verantwortung sowie die Beteiligung des Europäischen Parlaments verstärken? Wird die Kommission die Einhaltung von Artikel 6 EUV gewährleisten?

8. Was die Beteiligung von Drittstaaten nach dem Gipfeltreffen EU-USA im April 2007 betrifft, wie beabsichtigt die Kommission die transatlantische Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität auszubauen, und werden dabei Methoden zur Anwendung kommen, die mit Artikel 6 EUV und den vorgesehenen Entwicklungen auf der nächsten Regierungskonferenz in Einklang stehen, wie auch in der Entschließung des Europäischen Parlaments zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen empfohlen wurde?